

Die Landeskirchen: das soziale Gewissen des Staates

Unsere Gesellschaft ist getrieben vom Geld. Ihre Leistungen werden vor allem am Geld gemessen. Wann ist der „return on invest“ erreicht, ist die neudeutsche, allgegenwärtige Frage! Im Gesundheitswesen ist der Kampf um tiefe Fallkostenpauschalen der alles entscheidende Faktor – und lässt vergessen, dass in den Spitalbetten Menschen liegen, die Zuwendung suchen und menschlicher Wärme bedürfen. Der Abbau des Staatsbeitrages an die Landeskirchen reiht sich nahtlos ein in solche Denkmechanismen.

Die Finanzkrise reisst Löcher in unsere Staatskasse. Ausgelöst wurde sie durch eine entfesselte Marktwirtschaft und verantwortungslose Manager. In unserem eigenen Kanton wurden laufend die Steuern gesenkt, profitiert haben immer die besser Verdienenden. Unterdessen ist das Staatsbudget tiefrot, es muss wieder ins Lot gebracht werden. Sparen ist angesagt und sparen ist immer dann einfach, wenn Andere es tun müssen. In diesem Sinne hat die Regierung unverhofft den Staatsbeitrag an die Kirchen um eine Million Franken gesenkt, ohne mit den Landeskirchen darüber zu verhandeln! So geht man nicht mit verlässlichen Vertragspartnern um, das ist schlechter Regierungsstil! Ausserdem – und das ist noch das grössere Problem – wurde mit einem Pinselstrich die Indexierung für diesen Beitrag aufgehoben und damit die Anpassung an die Teuerung. Der Beitrag an die Landeskirchen wird dadurch von Jahr zu Jahr schmelzen wie Eis an der Sonne.

Erstaunlicherweise setzen sich für die Erhaltung des Staatsbeitrags Personen ein, die sich kaum als religiös bezeichnen würden oder sich sogar von der Kirche als religiöse Institution abgesetzt haben. Warum dieses Wohlwollen? Die Aufgaben, die die Landeskirchen mit diesem Geld erfüllen sind eben nicht religiöser Natur. Die Landeskirchen stärken für viele von uns das soziale Gewissen unserer Gesellschaft und übernehmen in dieser Rolle Verantwortung, unabhängig von der Konfession der Betroffenen. Die Kirchen sind den Nöten der Menschen näher als der Staat. Oft wird unbürokratisch und im Rahmen der Freiwilligenarbeit geholfen.

Wichtige soziale Institutionen wurden erst durch das Engagement der Kirchen ins Leben gerufen, aufgebaut und finanziert: Drogenberatung, Gassenküche, AIDS-Prävention, Verein Frauenhaus, Beratungsstelle für Partnerschaft, Schwangerschaftsberatung oder auch die Beratungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht. Der Kanton hat im Laufe der Zeit die Bedeutung der Hilfsangebote dieser Institutionen für unsere Gesellschaft anerkannt und sie finanziell unterstützt. In der Folge konnten die Kirchen ihr eigenes Engagement etwas zurückstecken. Sie haben sich aber nicht vollständig aus der Verantwortung zurückgezogen, weil die staatlichen Mittel allein nicht genügten für diese unterschiedlichsten Gesellschaftsaufgaben. Mit der Streichung der Beiträge des Kantons droht diesen Institutionen jetzt ein Kahlschlag. Die Leidtragenden sind dann jene Menschen, die wehrlos und am meisten auf Hilfe

angewiesen sind. Es ist davon auszugehen, dass die Kosten, die bisher via Kirche übernommen wurden, letztlich von den Sozialdiensten getragen werden müssen. Die Streichung der Beiträge erweist sich damit für den Staat als Bumerang.

Die Landeskirchen engagieren sich für den Schutz von Menschen in Not, leisten wertvolle Arbeit im Kampf gegen Rassismus und Ausgrenzung. Sie engagieren sich für Menschen, die am Rand unserer Gesellschaft stehen. Ohne dieses finanzielle Engagement und die unzähligen Stunden Freiwilligenarbeit wäre unsere Gesellschaft ärmer dran. Die Kette ist so stark wie ihr schwächstes Glied. Die Kirche engagiert sich für die schwächsten Glieder unserer Gesellschaft und stärkt dadurch den Staat. Die Beiträge an die Landeskirchen sind gut investiertes Geld.

29.10.2013 Martina Munz, Nationalrätin